

Mexiko stemmt sich  
gegen die Wirtschafts-  
und Finanzkrise

## Strategien statt Scheuklappen

Frank Priess

Versuchte die mexikanische Regierung anfangs noch, die internationale Finanzkrise kleinzureden und auf die makroökonomisch solide Substanz der eigenen Volkswirtschaft zu verweisen, sind die Einschätzungen mittlerweile einer gewissen Düsternis gewichen: An vielen Fronten sind negative Auswirkungen schon jetzt spürbar – und es könnte noch schlimmer kommen. Dass ein Land, das rund achtzig Prozent seines Außenhandels mit den USA abwickelt, vom Beben des Finanzsektors beim nördlichen Nachbarn weitgehend unbeschadet davonkommen könnte, hatten wohl ohnehin nur Berufsoptimisten erwartet.

Monatelang staunten die Beobachter: Während bereits in aller Welt die Alarmglocken schrillten, Länder reihenweise in die Rezession rutschten, Energie- und andere Rohstoffpreise ins Bodenlose fielen, setzte Mexikos Regierung auf Optimismus. Von einem kleinen „Katarrh“ sprach der währungsfondserfahrene Finanzminister Agustín Carstens, auf die Rückkehr von Millionen Migranten sei die Regierung „gut vorbereitet und heiße sie in der Heimat herzlich willkommen“, ließ sich Wirtschaftsminister Ruiz Mateos vernehmen. Es sei zu früh, so Carstens noch am 18. Dezember 2008, für Mexiko von einer Rezession zu sprechen, allerdings seien „deutliche Bremsspuren“ in der nationalen Wirtschaft zu verzeichnen. Anfang Januar nun musste er einräumen, dass auch das Finanzministerium für 2009 von einem „Nullwachstum“ ausgeht – selbst diese Prognose ist noch optimistischer als

die fast aller anderen mexikanischen Finanzinstitutionen. „Ja, wir haben Probleme“, hatte Präsident Felipe Calderón ihm beigespflichtet, um dann fortzufahren, „aber wir haben auch den Willen und vor allem die Ressourcen, ihnen zu begegnen und sie zu überwinden. Wir gehen durch schwierige Zeiten, aber ich kann Ihnen versichern, dass wir vorwärtskommen.“

### Makroökonomische Solidität

Immerhin: Seine positive Sicht kann er auf einige Indizien stützen. Mexiko profitierte in den zurückliegenden Monaten vom hohen Ölpreis, seine Devisenreserven betragen rund neunzig Milliarden Dollar, gerade die Auslandsverschuldung wurde in den zurückliegenden Jahren erheblich reduziert. Mit Ausgaben disziplin erreichte man eine gerade im lateinamerikanischen Vergleich niedrige Inflationsrate – allerdings auf Kosten eines niedrigen Wachstums von jeweils rund drei Prozent: Leitzinsen von derzeit 8,25 Prozent stimulieren nicht gerade Konsum und Investitionen, dämpfen andererseits aber die Inflation, die 2008 bei 6,53 Prozent endete, und stabilisieren den Außenwert des mexikanischen Peso, der seit August 2008 in wenigen Monaten gegenüber Dollar und Euro fast dreißig Prozent an Wert verlor. Die Preise für wichtige Grundnahrungsmittel explodierten geradezu.

Ein Dilemma, vor dem nicht nur Mexikos Zentralbank steht. Zum Jahreswechsel zeigte sich bereits die Tiefe der Prob-

leme: Um 11,3 Prozent ist in zwölf Monaten die mexikanische Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr gesunken, 8,22 Prozent weniger Beschäftigte hat entsprechend das verarbeitende Gewerbe. Nur zu rund 41 Prozent seien im Dezember die Produktionsstätten ausgelastet gewesen, so das nationale Statistikinstitut *Instituto Nacional de Estadística y Geografía* (INEGI). Mit einem Verlust von 24,2 Prozent ging die mexikanische Börse mit dem schlechtesten Wert seit zehn Jahren aus dem Jahr.

Alseinen „Finanz-Tsunami“ hatte Zentralbankpräsident Guillermo Ortiz Martínez die aktuelle Lage bezeichnet, der von den Finanzmärkten längst auf das Lebensgefühl der Bürger übergesprungen sei. Dazu trägt bei, dass die sogenannte Tequila-Krise Mitte der 1990er-Jahre vielen Mexikanern noch in unguter Erinnerung ist und das kollektive Gedächtnis der Nation prägt – viele Indikatoren, etwa im Bereich der Armutsbekämpfung, haben erst heute wieder den Stand von vor dieser Erschütterung erreicht.

### Konjunkturpakete als Ausweg

Mit Konjunkturpaketen will die Regierung Calderón der Wirtschafts- und Finanzkrise entgegenwirken. Ein 25 Punkte umfassender Maßnahmenkatalog enthält als wichtigste Vorhaben eine Senkung der Energiepreise für den industriellen Sektor sowie ein Einfrieren der Gas- und Benzinpreise. Überbrückungshilfen für Arbeitslose und ihre Familien sollen ausgeweitet, der Kreditzugang des ländlichen Raums verbessert werden. Hinzu kommen soll – dies war bereits auch Gegenstand zuvor angekündigter Maßnahmen – ein umfangreiches staatliches Infrastrukturprogramm. Dafür will die Regierung auch ein höheres Staatsdefizit in Kauf nehmen, die Idee eines ausgeglichenen Haushaltes wird offenbar auch in Mexiko aufgegeben. Bei etwa 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes könnte die

Verschuldung im laufenden Jahr landen, so die Schätzungen.

Für die Weltbank habe Mexiko für seine Stützungsmaßnahmen genügend fiskalischen Spielraum, der in den zurückliegenden Jahren erwirtschaftet worden sei. Nun gelte es vor allem zu verhindern, dass die arme Bevölkerung durch den Rückgang der Auslandsüberweisungen und den Anstieg der Lebensmittelpreise noch ärmer werde. Auf diese Gruppe müssten sich die staatlichen Sozialausgaben konzentrieren, so Weltbankexperte Augusto de la Torre. Angesichts einer „Verkleinerung eines ohnehin schon kleinen und schlecht aufgeteilten Kuchens“, der zur Verteilung zur Verfügung steht, sehen andere Experten wie Jorge Zepeda Patterson bereits sich verschärfende innere Konfliktsituationen voraus.

Zusätzliche Risiken für Mexikos Staatshaushalt, der zu vierzig Prozent auf den Überweisungen des staatlichen Energieriesen *Petróleos Mexicanos* (PEMEX) basiert, birgt allerdings ein weiter nachgebender Ölpreis – auch wenn das Finanzministerium Absicherungsverträge geschlossen hat. Verschärfend kommt hinzu, dass Mexiko wegen fehlender eigener Raffineriekapazitäten in erheblichem Umfang Rohöl exportiert und verarbeitete Produkte reimportiert!

Zudem geht die Rohölförderung auf den ausgebeuteten Feldern im Golf von Mexiko dramatisch zurück. Der Staatskonzern hat große Probleme bei der Erschließung neuer Ressourcen, bei den dafür nötigen Investitionen und nicht zuletzt beim fehlenden Know-how gerade für Tiefseebohrungen. Die jüngst im Konsens mit der „national-revolutionären“ Opposition beschlossene Energie-reform greift viel zu kurz und ist für eine umfangreiche Beteiligung von Privatkapital kaum attraktiv. Auch bleibt es beim massiven Einfluss der PEMEX-Gewerkschaft *Sindicato de Trabajadores Petroleros de la República Mexicana* (STPRM),

der wesentlich zur Unproduktivität der Firma beiträgt.

### Sorgen am Arbeitsmarkt

Die Reallohnverluste vieler Bürger gehen derweil weiter. Gewerkschaften und Arbeitgeber einigten sich gerade auf eine moderate Anhebung der Mindestlöhne unterhalb der Inflationsrate: Um 4,6 Prozent sollen sie steigen, das entspricht 2,32 Pesos pro Tag. Damit liegt der Mindestlohn pro Tag ab dem 1. Januar, je nach Region, zwischen 51,95 Pesos und 54,80 Pesos, nach derzeitigem Wechselkurs rund drei Euro. Die Erhöhung reicht damit täglich zwar für eine Fahrt in der U-Bahn (1,50 Pesos), nicht aber für eine Tour im Kleinbus (3 Pesos). Nach Angaben des Wirtschaftsinstituts der Staatsuniversität *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM) haben in Mexiko 47 Prozent der Arbeitnehmer Einkünfte zwischen einem und zwei Mindestlöhnen.

Die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, *Comisión Económica para América Latina y el Caribe*, CEPAL, geht trotzdem von massiven Arbeitsplatzverlusten im Subkontinent für das Jahr 2009 aus: Zwischen 800 000 und einer Million formaler Beschäftigungsverhältnisse könnten verloren gehen, so die Organisation. Mexiko werde mit dem Verlust von rund 380 000 Arbeitsplätzen zu rechnen haben. Ein enormes Problem gerade für die junge mexikanische Bevölkerung, die dem Arbeitsmarkt jährlich deutlich mehr Menschen zur Verfügung stellt, als dieser absorbieren kann. Mit offiziell 4,15 Prozent ist die Arbeitslosenquote in Mexiko im Vergleich gerade zu Industrieländern nach wie vor niedrig, sie berücksichtigt allerdings auch Beschäftigungsverhältnisse, die in großem Umfang nicht sozialversicherungspflichtig sind, von der grassierenden Unterbeschäftigung ganz zu schweigen. Ein Ventil stellte da bisher die Migration von fast einer halben Million Mexikanern jährlich in die USA dar – eine

Lösung, der durch die schlechteren Aussichten dort einerseits, durch verschärfte Grenzüberwachungen andererseits aber ein kräftiger Abschwung bevorstehen könnte. Der scheidende US-Minister für innere Sicherheit, Michael Chertoff, bezeichnet die Verstärkung der Grenze zu Mexiko schon jetzt als Erfolg. Die Zahl illegaler Migranten sei in den zurückliegenden zwölf Monaten drastisch zurückgegangen.

Insgesamt, so das *Pew Hispanic Center*, hätten die USA 2008 rund 323 000 Personen abgeschoben, die sich ohne Papiere im Land aufgehalten hätten, zwanzig Prozent mehr als 2007. Die Analyse des Instituts ergibt, dass die Ströme illegaler Migration, die in den Jahren von 2000 bis 2004 jährlich bei rund 800 000 Menschen gelegen hätten, mittlerweile auf etwa 500 000 reduziert seien. Besorgniserregend ist für Mexiko zudem der Rückgang der Überweisungen, die Auslands-mexikaner vor allem aus den USA zurück in die Heimat schicken – der sogenannten *remesas*: Mit rund 25 Milliarden Dollar bescherten sie dem Land die zweitgrößte Einnahmequelle nach dem Erdöl. Viele Mexikaner arbeiten in den USA gerade in den Branchen, die von einer Konjunkturlaute besonders betroffen sind, nicht zuletzt im Bausektor. Verlieren sie ihre Arbeit, vermindert dies auch den Devisenstrom. Parallel ist zu beobachten, dass immer mehr Mexikaner auch gleich ganz in die Heimat zurückkehren, da sie für sich derzeit keine wirtschaftliche Perspektive im Norden sehen.

### Massive Wettbewerbsprobleme

Dass Mexiko selbst mit eigenen Anstrengungen diese Probleme in absehbarer Zeit ausgleichen könnte, ist unwahrscheinlich. Vielmehr steht die Wirtschaft des Landes auch jenseits der aktuellen Krise an vielen Fronten unter Druck, so zum Beispiel in Sachen Wettbewerbsfähigkeit. Hier stellen internationale Rankings Mexiko ein

schlechteres Zeugnis aus. Die Weltbank etwa stufte das Land in ihrem Report *Doing Business* 2009 gleich um vierzehn Plätze von 42 auf 56 zurück. Besonders schlecht schneiden dabei das Steuersystem Mexikos und die Steuermoral seiner Bürger ab. Auch die nötigen Prozeduren, um ein Unternehmen zu gründen, sind schwierig: In der entsprechenden Kategorie verschlechterte sich Mexiko von Platz 79 auf 115, ein Absturz um 36 Plätze. Mexiko, so Weltbank-Vertreter César Chaparro, habe zwar Reformen vollzogen, aber längst nicht so schnell und umfangreich wie viele andere Länder.

Bei den Wachstumsdaten der Vergangenheit und den Perspektiven für die nähere Zukunft bildet Mexiko in Lateinamerika das Schlusslicht, auch wenn der Chef der mexikanischen Zentralbank, Guillermo Ortiz, für die ganze Region Alarmsignale sieht: „Die makroökonomischen Daten sind fast überall gut, weil die meisten Staaten das gute externe Umfeld der vergangenen Jahre zur Sanierung ihrer Finanzen genutzt haben. Aber es hapert noch an den mikroökonomischen Reformen. Entscheidend ist, die Produktivität zu erhöhen und die Bürokratie abzubauen. Zudem sind die Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie Technologie und Forschung zu gering. All das trägt zu einem niedrigen Wachstum bei.“

### Wachstumsbremse Unsicherheit

Die von Ortiz angemahnten Reformen lassen weiter auf sich warten und sind in einem vorwahlkampfgeprägten Umfeld nicht gerade leicht durchsetzbar. Im kommenden Juli nämlich entscheiden die wichtigen Zwischenwahlen auch über den Handlungsspielraum der Regierung Calderón in der zweiten Hälfte von dessen Amtszeit.

Einen Schatten wirft überdies die verschärfte Sicherheitslage auf die Zukunft Mexikos. Schon in den zurückliegenden Monaten hatten führende Politiker Mexi-

kos, aber auch Vertreter internationaler Organisationen eingeräumt, dass sie eine echte Wachstumsbremse darstellen. Dies beeinflusst etwa den Tourismus, spielt aber auch bei ausländischen Direktinvestitionen eine Rolle. Die rasant gestiegenen Entführungszahlen etwa sind alles andere als eine gute Reklame, um ausländische Firmen zu einem Engagement in Mexiko und zur Entsendung eigenen Personals zu ermutigen. Mittlerweile häufen sich auch die Reisewarnungen, die wichtige ausländische Botschaften ihren Staatsbürgern für Mexiko mit auf den Weg geben. Vor allem im Grenzgebiet zu den USA seien Sicherheitsprobleme besonders eminent. Gewalt im Zusammenhang mit der Drogenkriminalität, Terroranschläge und Entführungen stehen oben auf der Liste, aber auch vor einer steigenden Straßenkriminalität wird gewarnt.

Eine neue Dimension der Gewalt erlebte das Land 2008 ausgerechnet am Vorabend des Jahrestages der Unabhängigkeit, den Offizielle aller Ebenen an jedem 15. September traditionell mit der Wiederholung des Freiheitsrufes von Dolores begehen, des sogenannten „grito“. Während Gouverneur Leonel Godoy Punkt elf Uhr abends vom Balkon des Regierungspalastes sein „Viva México“ ausrief, explodierte direkt vor ihm auf der mit rund 18 000 Menschen gefüllten Plaza Melchor Ocampo in der Hauptstadt seines Bundesstaates Michoacán, Morelia, eine Splitterbombe. Fast zeitgleich ging wenige Straßen weiter eine weitere Granate in die Luft. Die Bilanz: acht Tote und weit über hundertdreißig Verletzte. Erinnerungen an den Drogenkrieg Kolumbiens gegen die Kartelle von Medellín und Cali Anfang der Neunzigerjahre werden wach. Mit 5661 Morden im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen schließt das Jahr 2008 mit einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Ein Ende des Kampfes, den Präsident Calderón gleich zu Beginn seiner

Amtszeit mit der Entsendung von Bundestruppen in zahlreiche Gliedstaaten begann, ist nicht abzusehen, ein Erfolg wird von vielen Beobachtern nachhaltig bezweifelt.

Als besonders dringlich und immer dramatischer wird die Sicherheitslage auch seitens der Bevölkerung wahrgenommen, die sich einem täglichen Bombardement schlechter Nachrichten und einer Mordquote aus dem Bereich des organisierten Verbrechens von rund zwanzig Fällen täglich ausgesetzt sieht. Mit Großdemonstrationen hatte sie mehrfach auf die überbordende Kriminalität im Lande aufmerksam gemacht und von der Politik Lösungen gefordert. In repräsentativen Umfragen zeigt sie sich mit der Effizienz der Regierungspolitik unzufrieden und stellt ihr kein gutes Zeugnis aus. Kein Wunder: Nach einer aktuellen Repräsentativumfrage geben rund 79 Prozent der Bürger der Hauptstadt an, dass Familienangehörige beziehungsweise nahe Bekannte in den vergangenen zwölf Monaten Opfer von Verbrechen geworden seien, ähnlich hoch sind diese Angaben für die Großstädte Monterrey und Guadalajara. Besonders prominent dabei die Zahlen für Entführungen: Weit jenseits von siebzig Prozent der Bürger haben Angst, selbst Opfer von Kidnapping zu werden. Die offiziellen Kriminalitätsstatistiken jedoch spiegeln diese Dramatik kaum wider, denn viele Bürger zeigen Verbrechen gar nicht erst an – ein klares Signal für ihr Misstrauen in die Behörden.

Investitionsanreize sehen jedenfalls anders aus – da kann Präsident Calderón noch so sehr mit makroökonomischer Stabilität und einer soliden marktwirtschaftlichen Politik werben. Denn selbst wenn alle diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, lassen sie zumindest Rückschlüsse auf die psychologische Befindlichkeit der Mexikaner zu.

So ist denn insgesamt die anfängliche

Schadenfreude über das Wall-Street-Debakel – sie hat es mit Fingerzeigen auf die USA in Mexiko und ganz Lateinamerika reichlich gegeben – in der Politik, in der veröffentlichten Meinung wie auch im Zuge der Marx-Renaissance – restlos verflogen. „Marktsozialismus im Mekka des Liberalismus“ titelte noch vor Kurzem die Mexiko-Ausgabe der spanischen Zeitung *El País*, der brasilianische Präsident Lula war mit der Aussage zu vernehmen, die USA applizierten nun Rezepte, die sie für Lateinamerika traditionell auf die schwarze Liste gesetzt hätten. Seine argentinische Amtskollegin Cristina Kirchner meinte, da breche „diese erste Welt zusammen, die man uns immer als den Gipfel des Erstrebenswerten angepriesen hat“. Schon kurz darauf aber merkte man zwischen Rio Grande und Feuerland, wie sehr auch der eigene Boom der letzten Jahre vor allem auf hohen Rohstoffpreisen und dem Wohlbefinden von Industrie- und Schwellenländern gründete und dass von einem Schutz gegen Wachstumsschwäche und Krise dort überhaupt keine Rede sein kann.

Gleichwohl kein leichtes Spiel für marktwirtschafts- und US-freundliche politische Kräfte wie die Regierung Calderón, die sich schon bisher einer Rückkehr zu ranzigen sozialistischen Konzepten in verschiedenen Staaten Lateinamerikas und einem entsprechenden Druck der eigenen öffentlichen Meinung ausgesetzt sah. Vielen Kommentatoren fällt es aktuell schwer zu differenzieren. Wirtschaftsrezepte aus den USA und den ohnehin unbeliebten internationalen Finanzorganisationen wie Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank jedenfalls haben auf absehbare Zeit ein Glaubwürdigkeitsproblem – und erst in Monaten wird sich beantworten lassen, welche Länder mit welchen Rezepten die aktuelle Krise am besten durchstehen.